



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Nr. 3 – April 2009

| Inhalt | Seite |
|---|-------|
| EDITORIAL | 2 |
| AKTUELLES vom Notstand der Republik | |
| Der Notstand der Republik beim NATO-Gipfel | 3 |
| AKTIONEN gegen den Notstand der Republik | |
| Aktion zum „Tag des THW“ in Chemnitz | 4 |
| Die „Zweite Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik“ | 5 |
| NEUES aus MAHAGONNY | 6 |
| Dringend und rasch Tatkraft gefragt! | 6 |
| Gemeinsamer Aufruf zur Einheitsfrontaktion Klassenkampf statt Wahlkampf | 7 |
| Kooperation von Bundeswehr und Schulen in NRW – Bericht der Landesdelegiertenkonferenz | 7 |
| MATERIAL zum Notstand der Republik | |
| Beschlüsse der Landesschülervertretung NRW | 7 |
| Beiträge des Jugendaktionsausschuss auf der „Zweiten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik“ | 8 |
| Buchempfehlung „Fakten für die Einheits- und Volksfront - Gegen den Notstand der Republik“ | 17 |
| Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus | AN- |
| Flugblatt des Jugendaktionsausschuss zum Tag des THW | HANG |

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- „die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
- den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
- und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

AKTUELLES vom Notstand der Republik

Der Notstand der Republik beim NATO-Gipfel

„Der Notstand wird zum Normalzustand und die Bundeswehr unser täglicher ‚Begleiter‘ im zivilen Leben. Was darunter zu verstehen ist, zeigt die erste Großübung gegen zehntausende Demonstranten und ansässige Bevölkerung in und um Heiligendamm, bei der die Bundeswehr eigenmächtig agierte.“

Diese Bewertung des G8-Gipfels traf der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik im Herbst 2007 in seinem ersten Flugblatt. Wie weit sich die Situation beim Vorgehen gegen Demonstranten und Anwohner schon zugespitzt hat, müssen wir im Jugendaktionsausschuss noch diskutieren. Gleichzeitig zum letzten Treffen wurde der Staatsapparat massiv beim NATO-Gipfel am 28. März eingesetzt. Die Liste der hier erwähnten Notstandsmaßnahmen bei diesem Gipfel ist aber weder vollständig noch abschließend.

Vor den Demonstrationen wurde Personen aus der willkürlichen Polizeidatei „Gewalttäter links“ auferlegt, sich bis zu mehrmals täglich bei der Polizei ihres Wohnortes zu melden. darunter auch Journalisten des „Neuen Deutschland“ und von „Le monde diplomatique“, die in der Folge nicht über den Gipfel berichten durften. Ausreisverbote, die die Polizei nicht mit Strafverfahren begründen konnte, wurden übrigens später vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württembergs als illegal erklärt.

In den „Sicherheitszonen“ durften die Bewohner sich nur unter Aufsicht der Polizei, in der innersten Zone sogar nur mit besonderen Ausweisen, bewegen. Besucher mussten angemeldet werden. Die Bewohner Baden-Badens wurden angehalten, in der Zeit der Demonstrationen die Fenster geschlossen zu halten.

„Landespolizeipräsident Hetger wurde in der Badischen Zeitung mit dem Ausspruch zitiert, »unerwünschte Demonstranten werden verarbeitet.«“ (Neues Deutschland, im Vorfeld der Demo in Freiburg, die am 01.04. stattfand). Hetger sprach außerdem davon, gegen Demonstranten

„gnadenlos“ vorzugehen und sie zu „selektieren“.

Insgesamt wurden mehr als 16.000 Polizisten aus Bund und Ländern eingesetzt. Pro Demonstrant waren in Baden-Baden etwa 10 Polizisten eingesetzt, was auch folgenden Grund gehabt haben könnte: *„Busse und Autos seien von der Polizei aufgehalten worden, wird berichtet. Viele Protestler hätten sich auch gar nicht auf den Weg von ihrem Zelt-Camp in Straßburg rüber ins Badische gemacht [...]. Sie fürchteten, es abends wegen der grenzüberschreitenden Kontrollmania nicht wieder zurück zu schaffen, wo am heutigen Samstag die Haupt-Demo gegen die Nato stattfindet.“* (FR-Online, 3.4.2009)

Auch das THW war dabei und teilte mit: *„[...] Kräfte des THW leisten im Auftrag der für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen Dienst in Kehl und Umgebung. Bei Großveranstaltungen gewährleisten die THW-Kräfte gemeinsam mit den Feuerwehren und Sanitätsdiensten einen geregelten Ablauf für Teilnehmer und Einsatzkräfte. Um einen reibungslosen Ablauf dieser Veranstaltung zu gewährleisten, werden umfangreiche Aufgaben der Gefahrenabwehr zu leisten sein. Das THW stellt während des Gipfeltreffens Einsatzkräfte aus den Bereichen Führung und Kommunikation, Beleuchtung, Elektro-*



Innenminister Heribert Rech im Gespräch mit dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion Stuttgart, Peter Holzem (links) und Landespolizeipräsident Erwin Hetger (rechts).

versorgung, Logistik und Infrastruktur zur Verfügung.[...]“

Für die Demonstrationen galten folgende Auflagen:

- Bei der Demo am 3. April durften weder Masken noch Schminke benutzt werden. Das Tragen von Halstüchern und Kapuzenpullis war verboten.
- Die Demo durfte sich nur zwei Stunden lang durch die Stadt bewegen
- Der Endpunkt der Demo wurde von der Polizei noch einmal weiter weg von der „Sicherheitszone“ geschoben und die Dauer der Demo willkürlich verkürzt.
- Demonstranten durften sich Polizisten nicht näher als auf 1,50 Meter nähern.

Die junge Welt kommentierte (11.04.): „[...] Der jW-eigene VW-Lieferwagen erfreute sich des

direkten Interesses der Sicherheitsbehörden und wurde mehrfach ohne Ergebnis durchsucht, zum Abschluß mit vorgehaltener Maschinenpistole. Presseausweise? Da kann der deutsche/französische Sicherheitsbeamte nur lachen. Die Beobachtungen, die wir gemacht haben, besagen: Auf deutscher Seite regierte die Strategie der totalen Kontrolle, des Erstickens jeder Form von wirksamem Protest, des Täuschens und Abdrängens der Demonstrationsteilnehmer. Man interessierte sich nicht für Versammlungs- oder Pressefreiheit. [...]“

Und zu guter Letzt wurde auch der Anwaltliche Notdienst ganz offen und permanent observiert.

Quellen: Stadt Baden-Baden, div. Onlinemagazine.

Ben (Regensburg)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Aktion zum „Tag des THW“ in Chemnitz, 15. und 16. Mai

Wie im letzten Infobrief schon berichtet findet von Freitag, 15.5. bis Sonntag, 17.5. in Chemnitz der sogenannte „Tag des THW“ statt. Eingeladen wird hierzu unter der Überschrift „Erste bundesweite Führungskräfte – Tagung des THW“ und unter „Festakt 20 Jahre THW in den östlichen Bundesländern“. Auf dem Programm steht neben nicht öffentlichen Festakten, Fachforen und Ansprachen (die allerdings zum Teil in ein öffentliches Festzelt übertragen werden) auch eine THW-Präsentation im Stadtzentrum am Samstag, 16. Mai von 9 Uhr bis 15 Uhr. Diese Veranstaltung werden wir nützen.

Wir werden dort sein und aufklären, aufklären über die Streikbrecherorganisation THW, deren Geschichte wie derzeitigen Aufgaben. Dazu haben wir zum Einen vor, das im Anhang zu findende Flugblatt zu verteilen. Geplant ist aber auch eine Infoveranstaltung und eine Aktion auf der Straße:

Am Freitag, den 15. Mai 2009, wird um 19 Uhr eine Informationsveranstaltung zum THW im Rathaus in Chemnitz stattfinden. Unterstützt wird diese Informationsveranstaltung von der örtlichen Linkspartei. In der Veranstaltung soll es darum gehen, die Geschichte des THW und sei-

ne Rolle als quasi-paramilitärische Organisation näher zu beleuchten.

Für den Samstag, den 16. Mai 2009, haben wir von 9 bis 15 Uhr einen Infostand angemeldet, also genau zu der Zeit, zu der die öffentliche Präsentation des THW in der Chemnitzer Innenstadt stattfindet. Außerdem werden zwei Transparente zu sehen sein und eine picket line, die das THW als das, was es ist, nämlich eine Streikbrecher- und Aufstandsniederschlagungsorganisation entlarven und zum Kampf gegen den Notstand der Republik aufrufen.

Doch all das kann nicht ohne möglichst viele kämpferische Hände ablaufen. Daher: Kommt und nehmt an der Aktion teil! Im Anschluss daran wird im Rathaus in Chemnitz die Sitzung des Jugendaktionsausschusses stattfinden, die wie immer für alle offen ist!

Anmeldungen gebt bitte bis 10. Mai 2009 an Tanja Wedel, tanja-wedel@web.de, (0172) 418 63 50. Für Übernachtungsmöglichkeit und Verpflegung ist gesorgt, Kosten werden nur für den Einkauf von Essen entstehen.

Anna (Bonn)

II. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik

Die II. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz stellte einen weiteren Schritt dar, um die Aktions-einheiten des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, des Arbeits- und Koordinationsausschuss der I. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik und des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD in der Einheitsfront für die Aktion vor der Bundestagswahl „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ aufzubauen und zu festigen. Wie im Vorfeld in der Jugend gegen den Notstand der Republik beschlossen, beteiligen wir uns an dieser gemeinsamen Aktion. Deshalb wurde vom Jugendaktionsausschuss eine Stellungnahme erarbeitet und beschlossen, die ihren Ausdruck im gemeinsamen Flugblatt – mit den Stellungnahmen der anderen zwei Einheiten – „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ fand.

„Eine Klasse, die zerstört um auf ihren Trümmern zu überleben, ist es nicht wert, dass sie überlebt. Eine Gesellschaftsordnung, die sich nur dadurch aufrechterhalten kann, dass sie den Reichtum zerstört und nur überlebt, wenn sie die werktätigen Massen, die all diesen Reichtum geschaffen haben, mit Gewalt unterdrückt, ist eine verkommene, überlebte und zum Untergang bestimmte Gesellschaft.“ (aus dem Flugblatt „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“)

Vor der Konferenz fand in Frankfurt/Main die von DIE.LINKE, attac, u.a. Organisationen und Gewerkschaften organisierte Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ in Frankfurt/M. statt, wo wir schon einmal testen konnten, wie das Flugblatt ankommt. Klassenkampf schien das Stichwort zu sein, was bei vielen zu einem Aufhorchen und zu guten Gesprächen führte, was denn Klassenkampf ist. Und wo man schließlich auch in einer großen Demo gemeinsame Mitstreiter aus den verschiedenen Orten traf und sah, wie dort gegen den Notstand der Republik bereits gearbeitet wurde.

Gegen 14 Uhr sammelten wir uns dann im Musikzentrum/Bockenheim – die Konferenz begann. Von der Jugend gegen den Notstand der Republik waren u.a. Vertreter der Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Jugend Deutschland – die Falken, den Young Socialists (Gotha), der Freien Deutschen Jugend, und aus dem Brecht-Projekt Bremen dabei. Von Seiten der Betriebe und Gewerkschaften waren Arbeiter aus den

Daimler-Werken Bremen und Wörth, von MAN Roland, ABB, Conti, Teves, uvm., insgesamt waren es ca. 120 Teilnehmer.

Heinz Klee, vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, begann mit dem ersten Referat der Konferenz und referierte über die Weltwirtschaftskrise. Der Imperialismus sorgt dafür, dass in „Konjunkturzeiten“ jede 4. Sekunde ein Kind verhungert und er schilderte, was Verhungern heißt.

Gerhard Kupfer vom Arbeits- und Koordinationsausschuss der I. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik sprach über die Errichtung von aktiven Reservisten-einheiten nach dem Modell der Freikorps der Weimarer Republik, die die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1919 veranlassten und hinterhältig durchführten.

Tanja Wedel referierte für den Jugendaktionsausschuss

– Notstand der Republik über die Jugendrekrutierung der Bundeswehr und deren Folgen. Die Bundeswehr hat heute im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit Zugriff auf die Jugend in vielfältiger Weise, sei es auf die Jugend in den zivilen Verbänden, des THW, des Roten Kreuzes, uvm. Darüber hinaus zielt sie auf die Jugend schon im Kindes- und Jugendalter an Schulen und in der Ausbildung im Betrieb. Das Kanonenfutter für die Herrschenden soll schon von früh an dafür missbraucht werden. Zu etwas anderem, als auf ihre Brüder und Schwestern in anderen Ländern sowie im eigenen Land zu schießen oder als Streikbrecher zu fungieren, kann der Imperialismus sie anscheinend nicht mehr gebrauchen. Sie wurde ergänzt von Anita Trench, die über die spezielle Situation, die sich für die Jugendlichen in der annektierten DDR ergibt, sprach.

Im Anschluss an jede Rede gab es die Möglichkeit Erfahrungen am Ort und in den eigenen

Organisationen und Gewerkschaften einzubringen und über die Referate zu diskutieren.

Das Ensemble des Brecht-Jugendprojekts Bremen und der Agitpropgruppe Roter Pfeffer führte abends das Krisenstück „Neues aus Mahagonny“ nach Bertolt Brecht auf. Szenisch wurde dann die Absurdität dieses jetzigen Wirtschafts- und Politiksystems auch auf die Bühne gebracht und die Referate fanden damit ihre bildliche Ergänzung. Und auch die Lösung dieser Absurdität wurde angesprochen, mit den Waffen der Kunst, des Buches und der eigentlichen Waffe. Sie zeigten ihren Weg aus jedweder Krise des Kapitalismus.

Am 29.3. besprachen wir dann im DGB-Haus, wie die Umsetzung der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ vor der Bundestagswahl 2009 aussehen kann. In den Diskussionsbeiträgen im Anschluss kam heraus, wie die Teilnehmer diese Aktion und

ihre Einheit befürworten und als notwendig erachten. Denn wie wir feststellten, ist der Notstand der Republik seit der I. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz rapide vorangeschritten. Wir stellten fest, dass der Kampf gegen den Notstand der Republik und die Gewinnung der Gewerkschaften, Organisationen und der Bevölkerung für diesen Kampf an unserer erster Stelle stehen muss.

Wir stellten fest, wie notwendig die Durchführung der Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! – Gegen den Notstand der Republik!“ ist.

Deshalb lasst uns unsere Kräfte bündeln, denn die Hand bricht man, aber die Faust nicht! Gemeinsam für die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! – Gegen den Notstand der Republik!“

Sandy (FFM)

NEUES aus MAHAGONNY

Im letzten Infobrief habe ich über unser neues Stück „NEUES aus MAHAGONNY“ berichtet. Inzwischen haben wir im Zuge der II. Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik unsere Voraufführung erfolgreich bestanden. Unser nächster Versuch wird am 10. Mai in Nürnberg, im Zuge der Veranstaltung „Je-

des Jahr sei erinnert an die Befreiung des Hitlerfaschismus“ starten.

Wenn ihr in eurem Ort Veranstaltungen zur Krise macht, und eine etwas andere Kultur dazu haben wollt, dann meldet euch bei uns! Kontakt bekommt ihr auf Nachfrage über die Leitung des Jugendaktionsausschuss.

Marlene (Bremen)

Dringend und rasch Tatkraft gefragt!

Für die Einheitsfrontaktion Klassenkampf statt Wahlkampf werden Fahrzeuge aus einer früheren Straßenaktion, dem Anachronistischen Zug, zum Einsatz kommen.

Diese Fahrzeuge stehen derzeit in Hallen in Prennden (bei Berlin). Entgegen den bisherigen Planungen müssen dort aber die nächsten Wochen die Fahrzeuge schnellstmöglich raus und umziehen. Derzeit gibt es in Prennden weder Wasser nach Strom. Ein neues Quartier, in dem die Fahrzeuge für die Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf dann vorbereitet werden können, ist bereits gefunden, und zwar in Kammersdorf bei Berlin. Wie sie dort hinkommen? Mit Tiefladern und mit unserer Hilfe.

Gebraucht werden alle, die beim Vorbereiten zur Verladung, bei der Verladung selbst, bei der Überführungsfahrt und bei der Entladung tatkräftig mit anpacken wollen und können. Gefragt sind insbesondere Leute die technikbegeistert sind, einen Führerschein Klasse C1 (alt:3) haben und/oder auch mit einem eigenem PKW vor Ort sein können.

Sicherlich wird es an der ein oder anderen Stelle die Gelegenheit geben, anwesende Unterstützer vorhergehender Straßenaktionen, wie eben dem Anachronistischen Zug, zu befragen, was denn damals so abging, als sie mit dieser Aktion auf der Straße waren. Und vielleicht gelingt es auch, trotz Stromsperre, zwischendurch

an einem Abend gemeinsam einen Film dazu zu sehen.

Die Umzugsaktion wird voraussichtlich an den Wochenenden 2./3. Mai, 4./5. Mai und in der 21. KW vom 17.-24. Mai stattfinden, abhängig davon, wie viele Leute sich für die einzelnen Termine finden. Und wenn Ihr jetzt Lust und an einzel-

nen dieser Termine Zeit habt, dann meldet Euch doch bitte schnellstmöglich bei Kiki unter 0174/6733172 oder kiki.hollaender@web.de, der mit Euch dann auch die organisatorischen Sachen wie Anreise, Verpflegung und Schlafen bespricht.

Wuide (Köln)

Gemeinsamer Aufruf zu „Klassenkampf statt Wahlkampf“

Der gemeinsame Aufruf des Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik, dem Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter Konferenz und des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD für die Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ ist

gedruckt und eignet sich hervorragend um über den Staatsumbau aufzuklären und für die Aktion zu werben. Nutzt ihn zur Verteilung auf Demos, Veranstaltungen und mehr! Wenn Ihr noch keine Flugschriften vor Ort habt, könnt ihr welche unter Info@Jugendkongress-NdR.de bestellen.

Wuide (Köln)

Bundeswehr und Schulen in NRW

Am 14. und 15. März fand in Wuppertal die Landesdelegiertenkonferenz der LandesschülerInnenvertretung NRW statt. Dort fand ein Workshop zum Thema „Kooperationsvertrag Bundeswehr - Schule“, wie er in NRW besteht, statt.

Auf der LDK wurde ebenso einstimmig der Beschluss zur "Aufhebung des Kooperationsvertrags" gefasst. Diesen könnt ihr in diesem Infobrief nachlesen.

Anna (Bonn)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Wir dokumentieren hier zwei von der Landesdelegiertenkonferenz der Landesschülervertretung NRW beschlossene Anträge:

A17: **Kooperationsvertrag aufheben -- Bundeswehr raus aus Schulen

Die LandesschülerInnenvertretung NRW fordert das Verbot von Informationsbesuchen der Bundeswehr an Schulen. Darunter fällt auch jedwede Werbung: von Aufklebern über Plakate bis hin zu Informationsbroschüren. Außerdem muss die Kooperationsvereinbarung umgehend aufgehoben werden. Der Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass sich der Landtag NRW mit dem Thema auseinandersetzt und spricht die Landtagsfraktionen auf diesen Missstand an.

A18: **Landesvorstand arbeitet zur Problematik Bundeswehr

Der Landesvorstand erstellt in Kooperation mit antimilitaristischen Jugendgruppen Info-Materia-

lien über die Vorgehensweise der Bundeswehr sowie die "Friedenspolitik" des Bundes und der NATO und unterstützt die BSVen bei der Planung von Veranstaltungen zu dem Thema und beim Kontakte knüpfen mit Bündnispartnern. Den BSVen wird empfohlen Aktionen und/oder Veranstaltungen zur Problematik Bundeswehr zu veranstalten und Informationen über bekannte (Unterrichts-)Besuche an antimilitaristische Jugendgruppen weiter zu geben. Außerdem soll der Landesvorstand bis zur nächsten LDK ein Flugblatt zum Thema Bundeswehragitation in Schulen herstellen. Diese Flugblätter werden an die BSVen weitergereicht und dienen zur Verteilung an Schulen, falls die Bundeswehr probiert in Schulen für ihre Zwecke zu werben

LandesschülerInnenvertretung NRW
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211 - 330 703, Fax 0211 - 330 714
www.lsvnrw.de

Beiträge des Jugendaktionsausschusses auf der „Zweiten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz – Gegen den Notstand der Republik“

Wir dokumentieren hier die Redebeiträge der Vertreterinnen des Jugendaktionsausschusses – Notstand der Republik:

Der Notstand der Republik und die Jugend (Rede von Tanja Wedel)

Der Notstand der Republik ist für jeden demokratischen Menschen in dieser Republik eine Katastrophe. Er nimmt uns unsere grundsätzlichen Rechte und er schafft Strukturen, die nur dafür da sind, dieses Land erfolgreich in den Krieg zu führen. In den Krieg gegen andere Länder und in den Krieg gegen all die, die nicht andere Völker angreifen wollen.

Die Jugend hat dabei eine besondere Rolle. Sie erfährt wie jeder andere hier auch, die alltäglichen Folgen des Staatsumbaus. Sie ist betroffen wie jeder andere, von dem Ausbau des Staatsapparats gegen die Bevölkerung. Sei es auf Demonstrationen, in den Betrieben oder ganz privat. Sie ist betroffen wie jeder andere, von der Militarisierung der Gesellschaft, durch den Heimatschutz, die zahlreichen Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und weiten Teilen der Wirtschaft und der allumfassenden Mobilmachung. Und sie ist ebenfalls betroffen, wie jeder andere auch, von der geistigen und materiellen Verarmung der Bevölkerung, durch die Hartz-Gesetze, dem permanenten Abbau von öffentlichen Einrichtungen und dem konsequenten Bildungsabbau.

Darüber hinaus aber ist ihre Rolle in der Kriegsvorbereitung folgende: Die Jugend ist das Kanonenfutter für den Krieg! Sie ist diejenige, die gegen andere Völker gehetzt wird. Das ist die eine Seite. Sie wird aber ebenfalls dafür gebraucht, hier für Ruhe zu sorgen. Die Jugend soll gegen die Rebellion erzogen werden. Sie soll nicht nur selber nicht rebellieren, sondern vor allem die Rebellion niederschlagen. Sie soll gegen ihre Väter, Mütter, Brüder und Schwestern marschieren, die den Kriegskurs der BRD stoppen wollen. Das sind die Aufgaben die die Herrschenden ihr zusprechen.

Je früher sie auf diese Aufgaben vorbereitet wird, desto besser.

Fangen wir da an wo auch die Bundeswehr anfängt. Mit Kindern im Alter von 6 Jahren. Kinder, zumindest hier in der BRD, wissen noch nicht was Krieg ist. Und bevor ihnen jemand erzählen kann, dass Kriege Tod, Hunger und Zerstörung bringen, werden sie jetzt der Bundeswehr übergeben. Denn die Bundeswehr organisiert Ferien-camps für Kinder, sogenannte Biwaks. Bevor also ein Kind all das über Kriege lernt, was dazu führt, dass es bitte keinen erleben möchte, sind da lauter nette Soldaten, die mit ihm den Sommer verbringen. Sie spielen zusammen und wenn das Kind hinfällt und weint, kommt der Soldat und tröstet es und klebt ein Pflaster aufs Knie. Und wie toll man mit den komischen gescheckten Männern spielen kann. Ganz andere Spiele als im Kindergarten. Minen suchen.

Eine pensionierte Bremer Lehrerin hat Kinder eines solchen Camps im Wald gesehen, wo überall Minenschilder aufgehängt waren und war entsetzt, dass die Bundeswehr Kinder für den Krieg trainiert. Der Leiter des Camps, Reserveoffizier Stephan Albrecht, sagte darauf, sie hätten nie Minensuchspiele gespielt, sondern wollten die Kinder nur auf mögliche Gefahren in den Urlaubsgeländen aufmerksam machen. Und er war traurig und empört das seine hehren Absichten so missverstanden wurden. Das nächste Mal wird er keine Minenschilder aufhängen sondern Stoppschilder.

Damit aber nicht genug. Es geht weiter mit dem Überfallen von Nachbardörfern und Schießen mit einer Laser-Biathlon-Schießanlage, „an der die Kinder ihre Treffsicherheit trainieren können“. So beschrieben in einem Artikel des Delmenhorster Kreisblatts zu den Bundeswehrcamps, mit der Überschrift: „Kinder erleben zwei Tage Abenteuer pur“ Diese Feriencamps fangen wie gesagt schon bei 6jährigen an und gehen bis zu den 14jährigen, wo die Kinder dann langsam zu Jugendlichen werden und ein anderes pädagogisches Konzept greifen muss.

Nicht umsonst beschäftigen sich 94 Jugendoffiziere der Bundeswehr ausschließlich mit der Öffentlichkeitsarbeit zum Zwecke der Nachwuchsgewinnung.

Hat ein Kind nicht so dämliche Eltern und das Kind wurde nicht schon mit 6 den Staatsdienern anvertraut, um dort den Völkermord zu spielen, müssen andere Zugriffsmethoden für die Bundeswehr geschaffen werden. Da die Freizeitgestaltung von Jugendlichen sehr unterschiedlich ist, wird dort angesetzt, wo alle Jugendlichen zu finden sind. In der Schule. Deswegen gibt es seit dem 29. Oktober 2008 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium von NRW. Das Kultusministerium ist das Ministerium, das für die Schulen verantwortlich ist. Man darf dabei nicht vergessen, es gibt schon lange Unterrichtsmaterialien, die von der Bundeswehr erstellt und den Lehrern als Hilfe in die Hand gegeben werden. Bisher wurden diese Materialien zur Verfügung gestellt und der Lehrer konnte darauf zurückgreifen, oder es sein lassen. Jetzt aber gibt es diese Kooperationsvereinbarung. Und die macht das ganze zu einer Pflicht für Lehrer und Schüler.

Denn darin enthalten ist nicht nur, dass Soldaten Unterrichtsstoff zur Verfügung stellen, sie können nun auch den Unterricht komplett gestalten und die Lehrer sollen nun Fortbildungen von Soldaten besuchen. Nicht nur also, dass die Bundeswehrausbildung die Basis für den Politikunterricht, oder auch den Geschichtsunterricht bildet, so können die Soldaten auch selber in die Schulen, um den Jugendlichen zu erzählen, warum das Bombenwerfen unumgänglich und jeder der das Gegenteil behauptet dein Feind ist. Warum das auch immer so war und die Sache mit dem zweiten Weltkrieg schon immer überbewertet wurde! Und vor allem, dass es dazu keine Alternative gibt. Im Jahresbericht der Jugendoffiziere steht, dass vor allem zur Prüfungsvorbereitung, vermehrt Jugendoffiziere eingeladen werden, da die deutsche Sicherheitspolitik Thema der Prüfung und somit abschlussrelevant ist. Auffällig war dabei, dass die Schüler die Bundeswehr immer mehr als Armee im Einsatz verstehen und die Landesverteidigung als Auftrag kaum noch wahrgenommen wird. Dem gilt es entgegen zu wirken.

Und die Lehrer die dem eigentlich was entgegenzusetzen sollten, erfahren nun die gleiche Ausbildung. Übrigens vor allem Referendare, also die Lehrer von morgen, nicht die alten, bei denen ohnehin Hopfen und Malz verloren ist, weil sie zu einer Generation gehören, die vielleicht

noch selber gegen die Wiederbewaffnung gekämpft hat. Oder zumindest gegen den Krieg in Vietnam.

So begleitet die Bundeswehr die Jugendlichen durch ihre Schullaufbahn. Die Offiziere werden zu Respektpersonen und vor allem zu zivilen Gestalten für die Schüler. Vielleicht zu sehr sympathischen. Aber vor allem nicht zu gefährlichen. Die tanzen da ja nicht mit 'nem Maschinengewehr an, sondern mit Büchern. Und so können am Ende der Schullaufbahn die Früchte der Saat geerntet werden, denn da tritt die Bundeswehr das nächste Mal auf den Plan.

In den Berufeinsteigerwochen ist die Bundeswehr ein fester Bestandteil des Berufsspektrums. In den Berufeinsteigerwochen, werden den Jugendlichen Berufe vorgestellt. Eine Woche lang werden Vertreter der unterschiedlichsten Berufe eingeladen um etwas über ihre Arbeit zu erzählen. Ich hab' meinen Abschluss 2003 gemacht. Auch da waren schon 4 Vertreter der Bundeswehr anwesend. Einer, der erzählte wie einfach und günstig man bei der Bundeswehr studieren kann, einer, der erzählte welche Ausbildungen man dort machen kann und zwei, die vom ganz normalen Alltag in der Marine und in der Luftwaffe schwärmten.

Heute hat die Bundeswehr Einsatzbusse für diese Wochen. Eine junger Genosse von der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Regensburg berichtete, wie in der Woche vor der Berufeinsteigerwoche plötzlich ihr Klassenzimmer von zwei Soldaten in Kampfuniform gestürmt wurde, die sich Strom besorgen wollten. Strom für den Bus, der vollgestopft war mit Infomaterial, mit Broschüren und Filmen und der die ganze Woche auf dem Schulgelände stand.

Da wurden natürlich keine toten Kinder aus Afghanistan gezeigt, dort wurde beschrieben, dass die Bundeswehr den Frieden bringt. Dort wurde auch nicht die Zerstörung von Jugoslawien dokumentiert, aber es wurde gesagt, dass wenn man sich nur zwölf Jahre bei der Bundeswehr verpflichten lässt und natürlich auch mal 'nen kleinen Abstecher nach Jugoslawien oder Afghanistan macht, dann kann man da sogar Fremdsprachen studieren. Vielleicht ja Jugoslawisch?

Es ist dann immer noch Sache des Jugendlichen zu sagen, schert euch weg, mit euerm Laden will ich nichts zu tun haben, außer vielleicht

um den Kampf gegen ihn besser führen zu können.

Aber damit das klar ist, jeder Bäcker hat da 1 Stunde was erzählt und ist dann wieder gegangen. Die Bundeswehr hält die Schulleitung wohl für zukunftsweisender.

Dieser permanente Zugriffsversuch der Bundeswehr auf die Jugend endet nicht mit der Schule. Hat der Jugendliche Pech wie gut 14% der Jugendlichen, wird er nach der Schule arbeitslos. In diesem Fall trifft er die Soldaten auf dem Arbeitsamt wieder, er muss sie dort treffen, sonst werden ihm Leistungen gestrichen. Denn für Hartz-IV-Empfänger unter 25 ist ein Gespräch mit der Bundeswehr, als möglichem Arbeitgeber verpflichtend. Wenn er das nicht über sich ergehen lässt, werden ihm, wie bei jeder anderen Verletzung der Auflagen, seine Bezüge gestrichen. Die Bundeswehr hat deswegen schon in 11 Städten ein Büro direkt im Arbeitsamt, in 204 Städten eine regelmäßige Sprechstunde. Habt ihr schon mal von einem Koch einer Großküche mit Büro im Arbeitsamt gehört?

Hat der Jugendliche Glück, bekommt er einen Ausbildungsplatz. Aber auch dort ist die Bundeswehr allzeit bereit. In den Berufsschulen, und in den Betrieben. Bei Daimler in Hamburg, das hab' ich schon letztes Jahr berichtet, müssen die Azubis mit der Bundeswehr spielen. Ein Spiel namens Pol&IS (Politik und Innere Sicherheit). Eine Woche lang sind sie dann Staatschefs, Kriegsminister und Wirtschaftsminister. Als solche pflegen sie dann nachbarschaftliche Verhältnisse in Form von Handel, Meinungs Austausch und Krieg. Das ist unbedingt notwendig anscheinend wenn man Industriemechaniker oder Elektroniker werden will. Zeitweilig hat dort ein Bundeswehrpraktikant sogar die Azubis ausgebildet. Denn es gibt immer zu wenig Meister, die sich um die Azubis kümmern können und dann holt man sich Hilfe wo man sie kriegen kann. Wer ist da sofort zur Stelle? Ein angehender Jugendoffizier!

Natürlich unterstützt ein Betrieb wie Daimler gern die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr. Für ein Unternehmen, das immer von Kriegen und der dazu notwendigen Produktion profitiert hat, ist die Bundeswehr in jeder Hinsicht nützlich. Sie ist nützlich, wenn Überproduktionskrisen wie zur Zeit durch reine Ausbeutung keinen größeren Profit mehr ermöglichen und das

Schlachten beginnen muss, um so viel wie möglich an Werten und Konkurrenten zu vernichten, damit hinterher die Übriggebliebenen mit dem Neuaufbau beginnen können.

Und sie ist nützlich, wenn die Arbeiter wider Erwarten sich doch gegen den Krieg aufstellen und in den Streik gehen. Da ist eine enge Zusammenarbeit mit der Bundeswehr schon beizeiten wirklich zukunftsorientiert, die solche Streiks verhindern und später die Zerstörung erledigen, dabei sogar Militärfahrzeuge von Daimler gebrauchen kann.

Und auch andere Verbindungen werden da von der Industrie wieder aufgefrischt. Das THW, das Technische Hilfswerk, hat im Laufe des letzten Jahres bekanntermaßen ein halbes Dutzend Kooperationsvereinbarungen mit der Chemieindustrie geschlossen, die den Inhalt haben, dort in den Betrieben der Werksfeuerwehr und dem Werksschutz bei Schadensereignissen zu Hilfe zu kommen. Von der Kooperation mit der Bundeswehr hat Gerhard bereits berichtet.

Warum passiert das jetzt? Das passiert jetzt, weil das THW seine ursprüngliche Funktion wieder einnehmen muss, wenn sich hier der Widerstand gegen die Krisen und Kriege formiert. Das THW ist eine Streikbrecherorganisation, als solche wurde es zuerst 1919 gegründet um die Streiks der Arbeiter in der Weimarer Republik zu brechen. Und als solche wurde es 1950 nach einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten und der Auflösung durch die Alliierten wieder aufgebaut.

Das THW zeichnet sich durch ein besonderes Technikverständnis aus. Es wurde in die Betriebe geschickt um dort die Anlagen wieder in Gang zu bringen, die von den streikenden Arbeitern abgeschaltet wurden. Und auch das THW braucht jetzt Nachwuchs im verstärkten Maß, denn Streiks erscheinen den Regierenden und vor allem dem Monopolkapital immer wahrscheinlicher.

Deswegen hat das THW eine weitere Kooperation geschlossen. Nicht mit einem Betrieb, sondern mit einer Schule. Der G10 in Hamburg, der staatlichen Gewerbeschule für Elektroniker. Dort werden jetzt mit den Schülern und dem THW gemeinsame Übungen durchgeführt. Inhalt des praktischen Teils: Aufbau einer externen Notstromversorgung. Ziel der ganzen Angelegenheit, die technikbegeisterten Jugendlichen für

die Arbeit beim THW, das ihnen nur bekannt ist als Lebensretterorganisation, zu begeistern. Ziel natürlich auch ihnen schon mal die Grundlagen des Streikbruchs beizubringen.

So versuchen sich Militär und paramilitärische Organisationen immer wieder die Jugend zu greifen. All diesen Jugendlichen muss erklärt werden, dass die Arbeit in der Bundeswehr, im THW nichts aber auch gar nichts mit Leben retten zu tun hat, dass sie, sobald sie da drin sind gegen ihresgleichen kämpfen werden müssen. Es sind unsere Freunde und eure Kinder, die wir nicht einfach der Schlachtbank überlassen dürfen und vor allem die wir nicht gegen uns haben wollen. Es reicht nicht zu sagen: Kind geh' nicht zu diesen Völkermördern, mach Zivildienst. Sämtliche zivilen Katastrophenschutzorganisationen, wie das DLRG, die freiwillige Feuerwehr oder wo man sonst seinen Zivildienst ableistet, sind im Heimatschutz bereits unter dem Kommando der Bundeswehr vereint. Krankenhäuser haben die ersten Kooperationsvereinbarungen schon vor 6/7 Jahren geschlossen.

Dort müssen im Zweifel die Betten für Soldaten geräumt werden. 56.000 Notplätze hat sich die Bundeswehr bereits in zivilen Krankenhäusern gesichert. Die Ärzte werden entweder direkt von der Bundeswehr gestellt oder ihr zur Verfügung gestellt. Die Krankenschwestern und Nothelfer lernen in ihrer Ausbildung, was sie im Falle eines Notstands zu tun haben – der Bundeswehr gehorchen.

Die Krankenhäuser dieses Landes sind bereits heute mehr Feldlazarette, als irgendetwas ziviles.

Es reicht nicht dem Zugriff der Bundeswehr entgehen zu wollen. Es ist nicht möglich sich eine kleine Insel zu schaffen, wo man von all dem nicht betroffen ist. Es ist nicht möglich, weil die Bundeswehr sich den Nachwuchs überall sucht und auch auf die zivilen Bereiche zugreift, wo es geht. Und es ist auch dumm zu versuchen sich aus der ganzen Sache rauszuhalten. Ich habe vor einigen Jahren in einem Stück von Brecht mitgespielt, wo es um eine Zeit ging, in der sich deutlich zu viele dieser Illusion hingegeben haben, man könne sich einfach raushalten. Das Stück en-

dete mit der Haltung der fortschrittlichen Jugend zu dieser Raushaltepolitik:

Ihr aber bedenkt uns nichts falsches zu lehren.
So, als könnte es immer nur besser werden.
So, als müsste alles unbedingt gut ausgehen.
So, als könnte man irgendwie alles richtig Einrichten, dass uns kein Unglück geschieht.
Ohne dass man kämpft für das, was notwendig ist.

Aber wir sind gar nicht so.

Ihr müsst uns einschulen auf Zuchthaus und Auf Gefängnis

Und auf Schüsse und Illegalität.

Und ihr müsst uns sagen:

Es kann auch schlecht ausgehen auf eine gewisse Zeit.

Es kann auch auf eine gewisse Zeit mit Kerker enden.

Es kann auch für einzelne mit dem Tod enden.

Und wir werden davon nicht schwächer, denn wir sind gar nicht so.

Sondern wir werden stärker dadurch.

Wir müssen den Kampf gegen diesen Staat, seine Krisen und seine Kriege führen wo wir können. Und die Jugend hat daran größtes Interesse, denn sie wird ihn erben. Und die Frage ist was sie erben wird, einen Staat des Notstands, oder ihre Zukunft.



KLASSENKAMPF
statt **WAHLKAMPF**

GEGEN
DEN NOTSTAND
DER REPUBLIK

Der doppelte Notstand in der ehemaligen DDR (Anita Trench)

Liebe Kollegen, liebe Freunde, liebe Genossen,

mein Name ist Anita Trench und ich bin Mitglied der Freien Deutschen Jugend, FDJ.

Ich finde anhand der Geschichte dieser Jugendorganisation lässt sich gut erklären, warum es eigentlich geht, wenn wir vom „Doppelten Notstand“ für die Bevölkerung der ehemaligen DDR, für die Jugend der DDR reden.

Gegründet wurde die FDJ im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und gegen den von den Deutschen losgetretenen Weltkrieg. Gegründet von Jugendlichen aus den verschiedensten Organisationen, Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschaftsjugend. Zusammen fanden sie leider erst, als es zu spät war. Sie fanden nicht zusammen, als der Faschismus noch nicht an der Macht war und vor einem erneuten Weltkrieg erst wenige warnten, nein sie fanden erst im Exil zusammen, in Prag, Paris und London. Als der Faschismus geschlagen war und es galt ein neues Deutschland aufzubauen, ein demokratisches, ein friedliches, ein Deutschland, das nie wieder die Völker der Welt bedrohen sollte, da waren diese FDJler an vorderster Stelle dabei.

Bald stellte sich aber heraus, dass es unterschiedliche Kämpfe waren, die sie da zu führen hatten. Im Westen blieben die Kriegstreiber von einst, die Profiteure von Krieg und Vernichtung, die Krupps und Quants, die Kiesinger und Lübkes an der Macht. Die Remilitarisierung stand von Anfang an wieder auf der Tagesordnung. Und das, wo sich die Menschen nichts mehr als den Frieden wünschten. Die jungen Menschen in der FDJ haben in dieser Zeit, im Kampf dagegen Großes geleistet, auch wenn sie sich damit das Verbot der FDJ und damit einhergehend insgesamt 1012 Jahre Gefängnis einhandelten.

Im anderen Teil Deutschlands, in der späteren DDR hatten die FDJler diese Probleme nicht. Es waren andere Herausforderungen, die sich ihnen hier stellten. Hier war durch die Sowjetunion die Gelegenheit gegeben, das Potsdamer Abkommen umzusetzen und damit alles, was darin gefordert wurde: die Entmilitarisierung, die Enteignung der Kriegsprofiteure, die Entnazifizierung und einen demokratischen Wiederaufbau. Eine gewaltige Herausforderung war auch dies, ein gewaltiger Kampf für die Jugend, die das Neue

wollte. Später, als im Westen mit der Gründung der Bundesrepublik Tatsachen geschaffen worden waren, wurde dieses Neue die Deutsche Demokratische Republik genannt.

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte war da ein Staat, der u.a. der Jugend als Erbauerin einer neuen Welt möglichst viele Freiheiten und Rechte, also wirklichen Einfluss auf Staat und Gesellschaft gewährte. So hatte z.B. die FDJ das Recht Gesetze einzubringen und stellte eine feste Zahl an Abgeordneten in der zentralen beschließenden und handelnden Körperschaft, der Volkskammer. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein Staat für die Arbeiter und Bauern und mit ihnen an der Macht, zum ersten Mal ein deutscher Staat, dessen Armee nie einen Fuß auf fremdes Land gesetzt hat und dessen Bevölkerung ihr Land trotzdem zu verteidigen gewusst hätte. Ich will hier nicht groß erläutern, warum sie es dann im entscheidenden Moment nicht verteidigt haben, warum wir dieses Land, diese Errungenschaft dann jetzt nicht mehr haben. Dies nur angedeutet anhand der Geschichte der FDJ.

Sie hatten aufgehört zu kämpfen. Warum auch? Wenn den Sozialismus in seinem Lauf weder Ochs noch Esel aufhält, dann muss man sich doch auch nicht mehr für ihn anstrengen, dann kann man sich bequem darin einrichten. In der FDJ wurden diejenigen immer mehr, die nicht mehr in ihr drin waren, weil sie die neue Welt erringen, sondern weil sie etwas werden wollten. Bestes Beispiel ist die ehemalige FDJlerin Angela Merkel. Für den Großteil war Kämpfen zur leeren Worthülse verkommen, man führte aus, verschwieg oder beschönigte Zustände, die hätten angegangen werden müssen. Und verlor Vertrauen. Ein Vertrauensverlust zur FDJ und zum Sozialismus, den wir heute immer noch zu spüren bekommen.

Es war eben nur noch DER aber nicht mehr IHR Staat.

Und weil eben nicht nur die FDJ nicht mehr gekämpft hatte, sondern leider auch alle die, die eigentlich begriffen hatten, dass es das bessere Deutschland war, in dem sie da lebten, aber auch, weil hier im Westen im entscheidenden Moment, zu wenige begriffen hatten, dass das da drüben das bessere Deutschland war und auch nicht kämpften. Darum hatten die deutschen Monopole, die Kriegsgewinnler von damals und heute ein leichtes Spiel. Sie nutzen ein-

fach die Gunst der Stunde und annektierten dieses Land. Erledigt war die Nachkriegsordnung für das neue Großdeutschland, begonnen hatte die neue Vorkriegsordnung und das was wir heute Notstand der Republik nennen.

Alle Errungenschaften der Werktätigen der DDR wurden von den neuen Machthabern ausgemerzt. Sie wurden zurückgeworfen auf den Stand ihrer westdeutschen Kollegen. Zurückgeworfen auf eine formale Demokratie, die uns vorlügt, wir könnten alle vier Jahre über Krieg und Frieden entscheiden, über unsere Arbeit, das Essen auf dem Tisch, ohne die Waffen, die Fabriken, die Wohnhäuser und die Kohlegruben zu besitzen. Zurückgeworfen von der Demokratie der Millionen zur Demokratie der Millionäre. Ein Mäntelchen an Demokratie, das von ihnen je nach Bedarf auch leicht wieder abgelegt werden kann.

Was bedeutet dies für die Jugend aus der ehemaligen DDR? Eine Jugend deren Urgroßeltern noch in die ganze Welt in den Krieg zogen, deren Eltern aber als Soldat der NVA nie einen Fuß in fremde Länder gesetzt hatten, diese Jugend wird wieder zum Besatzer anderer Länder. Und sie tun es freiwillig. Sie rennen der Bundeswehr die Bude ein. Ein Grund dafür ist ihre Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Aber der einzige Grund ist es nicht, aber dazu später...

Während die Jugend der DDR gerade mal 20% in der entsprechenden Altersgruppe der gesamten BRD stellt, ist ihr Anteil an Soldaten im Ausland 31%. Bei den Mannschaftsdienstgraden, also wie man will dem „Schütze Arsch“ oder dem Kanonenfutter, sind es sogar 39%, also doppelt so viele.¹ In der ehemaligen DDR kann ausprobiert werden, was für die gesamte Jugend der BRD gelten wird. So wie in Leipzig ein Kooperationsvertrag der Bundeswehr mit der ARGE, wo die Bundeswehr als ganz normaler Arbeitgeber gilt und ein Job dort als ganz normales Arbeitsangebot, dass ein Hartz-4-Jugendlicher anzunehmen hat, oder „es wird geprüft ob Sanktionen fällig werden“, heißt ob das bisschen Hartz-4 ganz gestrichen wird.²

¹ Neues Deutschland 10.8.2008,

² 1) Dresdner Morgenpost am Sonntag, 16.12.07; 2) Bundestagsdrucksache 16/8012, Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping u.a. und der Fraktion DIE LINKE betreffend „Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und Bundeswehr“

Sie können das, weil die Eltern dieser Jugendlichen nahezu kampflos ihr Eigentum, ihr Land die DDR preisgegeben haben. Die versprochenen blühenden Landschaften sind zwischen den Trümmern der von der Treuhand geschleiften Betriebe und den neuen Autobahnen nicht zu finden.

Gerade die Jugend ist es, die deshalb weggezogen ist. Von den 16,4 Millionen DDR-Bürgern 1989 lebten 2007 gerade mal 14,5 Millionen noch dort.³ Da helfen auch keine Carepakete-Ost, die von einigen Kommunen ins Leben gerufen wurden und die, der weggezogenen Jugend ein Paket mit Ostprodukten nachschickten, um sie wieder zur Heimkehr zu animieren.

Denn für die Zurückgebliebenen bleibt wenig zu tun. Die offizielle Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie im Westen. Im Februar 2009 waren es 14,1% gegenüber 7% im Westen.⁴ Diejenigen, die Arbeit haben, verfügen nur über $\frac{3}{4}$ des Haushaltseinkommens eines durchschnittlichen Haushalts im Westen.⁵ Für Jugendliche der ehemaligen DDR heißt das auch noch 20 Jahre nach der Annexion, durchschnittlich $\frac{3}{4}$ des Auszubildendengelds eines westdeutschen Azubis zu bekommen. Für einen Maurer im dritten Lehrjahr sind das z.B. 220 Euro weniger.⁶

Wer dann noch behauptet die Lebensverhältnisse im Osten hätten sich in den letzten 20 Jahren verbessert und an den Westen angeglichen, der hat sich entweder nicht informiert oder lügt absichtlich. Die Armutsquote wuchs im Osten in den letzten Jahren zweimal schneller als im Westen und ist mittlerweile fast doppelt so hoch (2001: Ost = 15,3%, West = 11,4%, 2006: Ost = 22,7%, West = 13,9%). Dies trifft die Jugend der DDR besonders hart. Ein-Drittel der unter 20-jährigen fällt unter die offizielle Armutsquote.⁷

Und trotzdem: Wir sind korruptiert. Uns geht es dabei deutlich besser als den Menschen in allen anderen ehemaligen sozialistischen Ländern. Das dürfen wir auf keinen Fall vergessen.

Ich habe die Freiwilligkeit angesprochen mit der die Jugend ihren Henkern hinterherläuft. Da

³ Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2008, S.35

⁴ Agentur für Arbeit, Februarbericht 2009

⁵ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008, S.149

⁶ Beruf Aktuell, Ausgabe 2008/2009, Bundesagentur für Arbeit

⁷ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008, S.167

spielt nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige Verarmung eine große Rolle.

Wie auch nicht, in einem Land in dem von über 18 000 Bibliotheken allein 14 500 geschlossen wurden?⁸ Heruntergestutzt auf das Niveau des Westens, auf ein Freizeitangebot, das sich reduziert auf „Geld dafür haben oder nicht“.

Das Niveau des Westens wird auch in der Frage des Rechtsextremismus erreicht und sogar überflügelt. In der Studie des Bundesministeriums des Inneren unter 14-jährigen Jugendlichen vom März diesen Jahres sind 4,5% der ostdeutschen Jugendlichen rechtsextrem organisiert. Etwas mehr als in Süddeutschland, wo es 4,4% sind. Der einzige Landkreis mit keinem einzigen und der einzige Landkreis mit 17,4% Faschisten, beide liegen in der ehemaligen DDR.⁹ Viel zu viele sind das, die nicht mehr Deutsche zweiter Klasse, sondern gleich Deutsche erster Klasse sein wollen.

Eine Gefahr, die auch in der Geschichte nicht neu ist, dass es unter den Annektierten Teile gibt, die sich den neuen Herren dadurch anwanzeln, dass sie besonders reaktionär sind, wie es sich zur Zeit des Hitlerfaschismus z.B. in Österreich oder Bulgarien zeigte.

Und was heißt das alles für uns?

Die Herrschenden sind in Frankfurt/Oder genauso wie hier in Frankfurt/Main dabei, die Jugend für ihre Pläne, für den Krieg gegen andere und gegen das eigene Volk zu gewinnen. Wer sie gewinnt, wir oder sie, das hängt zu großen Teilen von uns ab. Noch sind wir zersplittert in hunderte Gruppen und Grüppchen. Auch da ist der Osten auf das Niveau des Westens herabgesunken.

Lernen wir aus unserer Geschichte, dass nur ein gemeinsamer und ein organisierter Kampf die Chance hat, Krieg und Faschismus zu verhindern!

Beginnen wir damit, ehe es wieder zu spät ist!

Lernen wir aus unserer Geschichte, dass der Satz von Bertolt Brecht so verdammt richtig ist:

Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft hat schon verloren!

Also: Nie wieder nicht kämpfen!

Auf die Strasse gegen den Notstand der Republik!

⁸ 1) www.mdr.de, Leseland DDR; 2) HBZ Öffentliche Bibliotheken Gesamtstatistik 2007

⁹ Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter, BMI, 2009

Warum unterstützt der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“? (Rede von Julia Nanninga und Lisa Lorenz)

1 - Julia:

Am 09. November 1918 erreichte die Novemberrevolution Berlin. Die Arbeiter demonstrierten zur so genannten Maikäferkaserne, um sie einzunehmen. Sie trugen ein Transparent voran, auf dem geschrieben stand „Brüder, nicht schießen!“. Vorne weg lief die Berliner Arbeiterjugend. Als sie in den Kasernenhof stürmten wurde Erich Habersaath, Mitglied der Zentraleitung der Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands von einem jungen Offizier erschossen. Erich war an der Spitze des Zuges gelaufen, mit ihm fielen zwei AEG-Arbeiter. Die Kaserne wurde erfolgreich eingenommen.

Ausbeutungsobjekt und Kanonenfutter war die proletarische Jugend damals für die herrschende Klasse gewesen. Die Erfahrung des Weltkriegs und das leuchtende Beispiel der russischen Oktoberrevolution machte die Arbeiterjugend zum treibenden Teil der Novemberrevolution.

Karl Liebknecht schrieb im November 1918: *„Freier Jugendgeist war es in erster Reihe, der die deutsche Flotte und Armee zur Empörung fortriss und das Zwinguri des deutschen Militarismus brach. Der Geist der freien Jugend wehte allerorten in Deutschland den revolutionären Erhebungen der Arbeiter- und Soldatenmassen voran. Und als am 9. November das Proletariat Berlins in gewaltigem Ansturm die tief unterwühlte Hohenzollernherrlichkeit stürzte, auch da flatterte ihnen die rote Fahne der freien Jugend voran.“*¹⁰

15 Jahre später:

Ende 1933 zählte die Hitlerjugend 2,3 Millionen Mitglieder. 1939 waren es über 8 Millionen. Damit erfasste sie beinahe die gesamte Jugend. Kein anderer Teil der deutschen Bevölkerung stand so unter dem Einfluss der faschistischen Ideologie wie die junge Generation.

Der Kommunistische Jugendverband in Leipzig schreibt 1934 in einem Flugblatt: *„Jungarbeiter [...] Wollt ihr euch als Lohndrücker und Streikbrecher ausbilden lassen? Habt ihr die*

¹⁰ „Die junge Garde“ vom 27.11.1918

Jahre 1914-1918 vergessen? Wollt ihr als Kanonenfutter für die deutschen Imperialisten auf dem Schlachtfeld der Ehre ‚den Heldentod‘ finden? Habt ihr vergessen, für was Hunderttausende von euren und unseren Genossen das Leben ließen, als Krüppel herumlaufen oder in Zuchthäusern schmachten?“

Die Faschisten haben sich die Jugend gekrallt, angefangen bei der Schule über ihre militärischen und halb-militärischen Vereine, den Arbeitsdienst bis hin zur Armee. Die Kapitalisten hatten sich im Anbetracht der damaligen Weltwirtschaftskrise für den Faschismus und für den Krieg entschieden. Soweit dürfen wir es heute nicht kommen lassen!

Dennoch waren es wieder junge Revolutionäre und Antifaschisten – Sozialdemokraten und Kommunisten – die im Exil, in Paris 1936 als Erste die Lehre aus ihrer Spaltung im Kampf gegen den Faschismus zogen und die erste Gruppe der Freien Deutschen Jugend gründeten, viele weitere folgten.

Und Heute? Wohin marschiert die Jugend? Wird sie mit der *rote Fahne der freien Jugend*, wie 1918/19 voran gehen oder wird sie sich wieder massenweise gegen die Arbeiter anderer Länder und gegen die im eigenem Land schicken lassen? Das ist keine Nebenfragen sondern eine Überlebensfrage. Karl Liebknecht hat schon 1907 gesagt: „Wer die Jugend hat, hat die Armee“.

Also was ist Heute? Heute veranstalten die Reservistenverbände Kinder-camps und trainieren mit Achtjährigen wie man ein Dorf erobert. Spielen Jugendoffiziere mit Schülern Krieg, in Nordreihen Westfalen ist dies bereits in allen Schulen Pflicht. Bei Daimler in Hamburg gehört das zum Ausbildungsplan. An der Uni forschen die Studenten für die Kriegsindustrie, ein großzügiger Spender ließ sich nicht finden. Im Arbeitsamt wird der Jugend von Offizieren der Weg in eine berufliche Perspektive gewiesen, die Perspektive heißt Morden! Die technikbegeisterte Jugend wird vom THW im Streikbruch trainiert. Die Jugendlichen die helfen wollten,

finden ihren Platz in einer der vielen Hilfsorganisationen, die jetzt unter dem Kommando der Bundeswehr im Heimatschutz für Ruhe an der Heimatfront sorgen sollen. Die Jugendlichen, die es nicht besser wissen sind in einer der vielen faschistischen Organisationen oder Kameradschaften organisiert.

Insgesamt sprechen wir hier von mehreren Millionen - einem Millionenheer gegen die Arbeiterklasse!

Militärisch ausgedrückt entspricht der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik einer Kompanie. Wir sind bis an die Zähne mit Mut, Wissen, Fantasie, Widersprüchen (auch die sind notwendig) und Kampfeswillen bewaffnet.

Wir brauchen die Einheitsfront, weil mit euch sind wir immerhin schon ein Bataillon. Wir brauchen die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“ weil fünf Militärfahrzeuge besser sind als gar keine Bewaffnung. Wir brauchen eine Großaktion zur Bundestagswahl, weil unser Kampf gegen den Notstand der Republik große Aktionen erfordert um die Massen zu erfassen.

Kollegen und Genossen!

Das ist kein Witz! Wohin die Jugend heute marschiert, entscheiden die Herrschenden oder wir! „*Wer die Jugend hat, hat die Armee*“! Das ist eine Überlebensfrage! Lasst unsere junge Generation nicht zu einer Generation von Mördern verkommen. Lasst uns gemeinsam das Notwendige tun! Das heißt diese Aktion zu einem Erfolg zu machen. Das ist in dieser Zeit der Krise, in dieser Zeit, die die Frage konkret stellt; die oder wir



– das Mindeste. Darum unterstützt der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik die Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“!

2 - Lisa

Wir haben uns in den letzten zwei Jahren im Jugendaktionsausschuss mit dem Notstand der Republik beschäftigt, haben versucht, mit der Geschwindigkeit, mit der der Staatsumbau um sich greift, Schritt zu halten und immer auf dem aktuellen Stand zu sein. Als wir noch mit den Vorbereitungen eines großen dezentralen Aktionstages gegen den Heimatschutz beschäftigt waren, wurde uns von den Regierenden schon die nächste Sache vor die Füße geworfen, die einen Aktionstag wert gewesen wäre: Das Strategie-Papier der CSU-CDU-Fraktion zum Nationalen Sicherheitsrat.

Nun wird uns am 27. September angeblich die Chance gegeben, ein Parlament zu wählen, das unsere Interessen am besten vertritt. Doch wen soll ich wählen, wenn es mir um die sofortige Auflösung des Heimatschutzes oder die Abschaffung des Gemeinsamen Terrorismus-Abwehr-Zentrums geht, welche Partei hat in ihrem Programm die bedingungslose Einhaltung des Trennungsgebots von Polizeien und Geheimdiensten? Wer verspricht mir das Ende der Rekrutierung der Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsstätten und im Arbeitsamt? Niemand! Und selbst wenn eine Partei derartiges versprechen würde, es würde nichts nützen, denn das ist eine Frage des Kampfes und nicht des Wahlzettels. Wer solche Ziele hat, hat keine Wahl - der muss auf die Straße!

Denn im Parlament ist in den letzten zwei Jahren nicht annähernd soviel über die Einsätze der Bundeswehr im Inneren, Installation des Heimatschutzes und die Zentralisierung des Gewaltenapparates gesprochen worden, wie auf unseren Jugendaktionsausschuss-Sitzungen. Das liegt nicht etwa daran, dass wir uns so oft treffen oder so besonders fleißig sind, sondern daran, dass das Parlament über viele Maßnahmen des Notstands der Republik gar nicht abgestimmt hat. Der Heimatschutz ist nicht auf Grundlage eines Bundesgesetzes eingeführt worden. Dass die Bundespolizei ein eigenes Präsidium erhält und nicht mehr direkt dem Innenministerium untersteht, ist im Bundestag durch gewunken worden,

als das Präsidium längst aufgebaut und in Betrieb war. Auf der anderen Seite sind die Herren Parlamentarier auch herzlich uninteressiert, denn bis auf ein paar kleine Anfragen, sind die Vorhaben der Regierung, der Bundeswehr und der Wirtschaft wenig hinterfragt worden.

Das ist aber auch nichts Neues. Wenn fortschrittliche Kräfte in der Geschichte etwas erreicht haben, geschah das nie über bürgerliche Wahlen, sondern immer durch Druck von der Straße! So ist zum Beispiel damals die Anwendung der Notstandsgesetze von 1968 nicht etwa durch eine Partei, sondern durch massive Widerstände in der Bevölkerung, durch die 68er-Bewegung verhindert worden. Was ist also die Alternative? Die Bekämpfung des Notstands der Republik und all seiner Maßnahmen ist unsere Aufgabe! Aus diesem Grund unterstützt der Jugendaktionsausschuss die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“.

Das bedeutet aber nicht, dass der Ausgang der Wahlen uns egal wäre. Ganz im Gegenteil. Wir haben in den letzten vier Jahren gesehen, wie leicht sich eine Große Koalition mit Grundgesetzänderungen tut. Die Föderalismusreform beispielsweise hatte eine massive Verschiebung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern zur Folge und war die Ursache unter anderem für das neue Versammlungsunrecht in Bayern. Wir haben gesehen, wie wenig die bürgerliche Demokratie gegen die Angriffe von Bundeswehreinheiten im Inneren, Zentralisierung des Gewaltenapparates und Beschneidung bürgerlicher Grundrechte verteidigt wurde, so dass sie nun kurz vor den Wahlen am Rande ihrer Existenz steht. Schon deswegen kann zum jetzigen Zeitpunkt der Wahlboykott nicht das Richtige sein. Ich glaube, jeder von uns kann sich Wahlergebnisse vorstellen, die wir auf gar keinen Fall haben wollen, da sie unsere derzeit eh schon schlechten Kampfbedingungen noch weiter einschränken würden. Es ist also erforderlich, dass sich jeder einzelne von uns mit seinem bisschen Wahlkraft in die Waagschale wirft, um Schlimmstes bei den Wahlen zu verhindern. Doch das alleine reicht nicht, denn keines der denkbaren Ergebnisse der Wahl wird den Notstand der Republik beenden. Ganz im Gegenteil, da der Notstand der Republik nicht vom Parlament beschlossen wurde, sondern andere Kräfte

wie die Bundeswehr, die Wirtschaft, die Bundespolizei u.v.a. eine Rolle spielen, hat das neu gewählte Parlament – selbst wenn es das wollte – faktisch gar nicht die Möglichkeit dazu.

Diesem Widerspruch – einerseits zur Wahl zu gehen, um Schlimmstes zu verhindern, andererseits sich nicht viel davon zu versprechen – können wir nur mit unserem Kampf gegen den Notstand der Republik überall da, wo er sich zeigt, eben auch bei den Wahlen auflösen.

3a - Julia

Es gibt natürlich noch einen weiteren schwerwiegenden Grund für unsere Unterstützung der Aktion... Großaktionen machen einfach Spaß! Nein im Ernst. Die Weltwirtschaftskrise fegt über uns hinweg, keiner von uns weiß wie viele von uns im September bereits auf der Straße stehen oder keine Butter mehr auf dem Brot haben. Der Notstand der Republik nimmt zusehends an Schärfe zu. Da kann man verzweifeln und *den nächsten Zug nehmen* oder man geht raus in den Kampf! Mut, Hoffnung und eine Zukunft kann man nicht am Schreibtisch entwickeln, dafür müssen wir gemeinsam auf die Straße. Da

tausche ich mein Bett gerne gegen eine Isomatte ein, weil erst im Kampf ein Sieg überhaupt zu einer realistischen Option wird, weil erst mit solch einer gemeinsamen Großaktion der alltägliche Kleinkampf einen Sinn bekommt, weil erst dann *Leben* beginnt.

3b - Lisa

Wenn wir uns im Herbst für eine Woche, auf eine Rundreise durch Deutschland machen, wird jeder, der sich beteiligt, unglaublich viel dazu lernen können. Es wird beeindruckend sein, mit Menschen an einem Strang zu ziehen, die man vorher vielleicht noch nie gesehen hat, die doppelt so alt oder halb so jung sind, die aus einer anderen Organisation und einer anderen Stadt kommen!

Wenn wir es in der Vorbereitung richtig anstellen, wird es einen fast vom Hocker hauen, die Organisationskraft zu sehen.

In diesem Sinne: Auf eine spannende und ertragreiche Woche!

Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!

Fakten für die Einheits – und Volksfront Gegen den Notstand der Republik

Im März ist das Heft 1 zum Staatsumbau für den Zeitraum von 2006 bis Februar 2009 erschienen. Dieses 300 Seiten starke Heft mit den Fakten zum Staatsumbau können wir nur jedem empfehlen. Doch lest selbst den kurzen Auszug aus dem Vorwort:

„Wenn es in der Wirtschaft hagelt“ muß das Grundgesetz außer Kraft gesetzt und mit Notstandsgesetzen regiert werden. Das verlangte 1968 der deutsche Innenminister Paul Lücke bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Teile der Gewerkschaftsbewegung erkannten die Gefahr: „Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität, die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie.“ (IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz 1966).

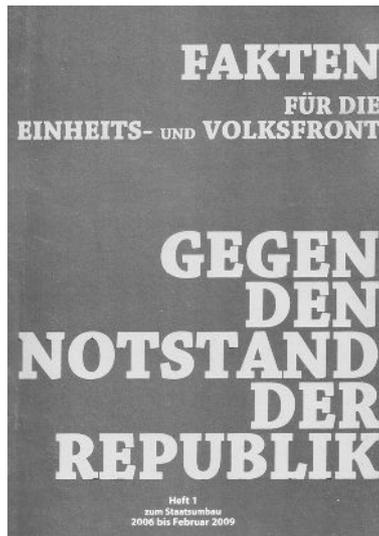
Heute hagelt es in der Wirtschaft gewaltig. Das Monopolkapital hat eine Weltwirtschaftskrise verursacht, die nur noch mit der großen Krise von 1929 vergleichbar ist. Damals lösten die Kano-

nenkönige und Großkonzerne die Krise mit Notverordnungen, Faschismus und Krieg. Heute wie damals kennen sie keinen anderen Ausweg. (...)

Mit den hier vorgelegten „Fakten für die Einheits- und Volksfront gegen den Notstand der Republik“ wollen wir die entstanden Aktionseinheit festigen, den Arbeitern und Gewerkschaftern das Wissen für ihren Kampf in die Hand geben und mit dafür sorgen, dass die Einheit der Arbeiter vertieft und erweitert wird. Wir wollen demokratischen Intellektuellen und Kunstschaffenden, demokratischen Juristen und Journalisten und allen demokratisch gesinnten Menschen das Wissen über den Notstand der Republik, über den Staat der Monopole, über die Vorbereiter großer Kriege mit den „Fakten für die Einheits- und Volksfront gegen den Notstand der Republik“ an die Hand gehen, um sie für den gemeinsamen Kampf mit den fortschrittlichsten Teil der Arbeiter in der Volksfront gegen den Notstand der Republik zu gewinnen.

Die bürgerliche Presse verschweigt die Angriffe des Staates und unterrichtet das Volk nicht über den verfassungswidrigen und verbotenen Staatsumbau und die Gefahren der Aufrichtung der offenen Gewaltherrschaft.

Wir untersuchen seit 2006 detailliert die Angriffe der Monopolbourgeoisie, ihrer Minister und ihres Staatsapparats gegen die bürgerlich-demokratische Republik. In sechswöchigem Abstand besprechen und bewerten wir die Ergebnisse, um die Arbeiter und Gewerkschafter zu unterrichten.. Mit dieser Broschüre legen wir erstmals die Fakten von 2006 bis Januar 2009 in geschlossener Form vor. Damit untermauern wir auch die Einheitsaktion zur Bundes-



tagswahlkampf 2009 „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik“ des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, des Arbeits- und Koordinationsausschuß der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik sowie des Jugendaktionsausschuß gegen den Notstand der Republik.“

Bestellen könnt Ihr das Heft entweder bei uns per E-Mail an Info@Jugendkongress-NdR.de oder direkt beim Verlag das

Freie Buch GmbH Tulbeckstr. 4, 80339 München. Kosten: 10€.

Herausgegeben wurde es vom Aktionsausschuss Notstand der Republik im Auftrag des Zentralkomitees des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.

Auf den nächsten Seiten findet ihr weitere Materialien:

- Die Einladung zur Veranstaltung „Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus“
- Das Flugblatt des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik zum Tag des THW

Broschüren des Jugendaktionsausschuss

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin im Kino Kosmos (Karl-Marx-Allee) der Jugendkongress "Notstand der Republik" statt. Mit verschiedenen Referaten wurde über den derzeitigen Umbau des Staates und dessen Hintergründe informiert.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren



- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
 - Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend
- Preis: 2,00 EUR

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Mit den Referaten und Reden zu folgenden Themen

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60 Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis: 2,00 EUR

Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: info@jugendkongress-ndr.de

Liebe Aktivisten gegen den Notstand der Republik,

wir, der Nürnberger Unterstützerkreis der Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder die Himmlischen Vier“, begrüßen, dass auch dieses Jahr mit einer Veranstaltung des Aktionsbüros an die Befreiung vom Hitlerfaschismus erinnert wird. Wir freuen uns insbesondere, dass es dem Aktionsbüro gelungen ist, den ehemaligen Résistance-Kämpfer Pierre Pranchère, einen Teilnehmer der internationalen Antikriegsaktion im Jahr 2006, für eine Veranstaltung in der Stadt zu gewinnen, in der die Massen vor 70 Jahren auf Nationalismus und Krieg eingeschworen wurden.

Der Kampf der Völker gegen einen dritten von Deutschland ausgehenden Krieg gewinnt tagtäglich an Bedeutung. Tausende deutsche Soldaten stehen schon wieder als Besatzer in anderen Ländern. Die Militarisierung schreitet voran und die Jugend, die schon jetzt in Massen ohne Ausbildung und Arbeit auf der Straße steht, soll sich dem Kriegshandwerk zuwenden. Mit einem umfassenden Staatsumbau wird der Krieg im Inneren vorbereitet und die demokratische Republik sturmreif geschossen. Durch die Krise wird diese Entwicklung verschärft und beschleunigt.

Wir wollen die Gelegenheit nutzen, um die Bevölkerung und insbesondere die Jugend weiter darüber aufzuklären und für die Veranstaltung zu mobilisieren. Dafür gehen wir seit drei Wochen mit den Flugblättern auf die Straße: Vor die Schulen, Betriebe und Ausbildungszentren, zu Veranstaltungen und Kneipen, mit Stahlfass-Trommeln und mit Gitarre.

Wir würden uns freuen, wenn auch ihr zahlreich kommt und eure Kollegen, Freunde und Bekannten mitbringt:

am 10. Mai 2009

um 11.00 Uhr

in Nürnberg, im südpunkt, Pillenreuther Straße 147

Eintritt 8,- / 4,- (ermäßigt)

Kartenvorverkauf: himmlische-vier-nbg@freenet.de oder Tel. 0911/267878

Mit kämpferischen Grüßen

Unterstützerkreis Himmlische Vier Nürnberg

Gegen wen wird das THW gerüstet?

Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

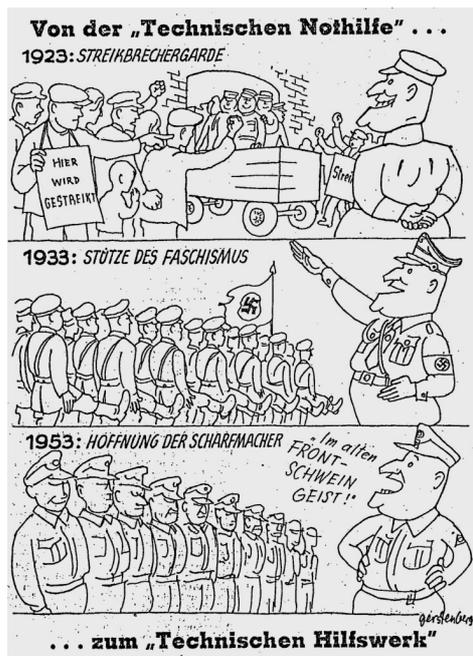


Das Technische Hilfswerk (THW) feiert sein 20-jähriges Bestehen auf dem Gebiet der DDR und fordert dazu auf, die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Wer vom THW spricht, denkt in erster Linie an eine zivile Hilfs- und Rettungsorganisation und an eine Geschichte von Einsätzen zum Wohl und Schutz des Volkes. Doch das THW hat vor allem eine andere Geschichte und mit ihm wird eine Zukunft gestaltet, die großen Teilen der ehrenamtlichen Helfer unbekannt sein dürfte: „Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens“, also Streikbruch und Zuarbeit zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr im In- und Ausland.

Monate erhöht. Und es wird überlegt, den Zeitraum sogar auf 24 Monate zu verlängern. Laut der Bundesagentur für Arbeit wurden allein im Februar 2009 620.000 bis 670.000 Neuanträge auf Kurzarbeit gestellt, doppelt so viele wie im Januar. Seit Oktober 2008 haben damit über 16.000 Betriebe für insgesamt 1,7 Mio. Arbeiter Kurzarbeit angemeldet (Stand März 09). 1,7 Mio., die jetzt bis zu 18 Monate Geld vom Arbeitsamt bekommen. Und das ist sicher nicht das Ende. Es wird vermutlich nicht sehr lange dauern, bis diese Riesenzahl an Kurzarbeitern durch eine Riesenzahl an Arbeitslosen ersetzt wird. Und es ist ebenso wahrscheinlich, dass von den Arbeitern in nicht all zu ferner Zukunft die Frage gestellt wird, ob das wirklich die Lösung ist. Ob das wirklich die einzig mögliche Wirtschaftsform ist, in der sie alle 8-12 Jahre ausbügeln müssen, was die Unternehmen durch Überproduktion an Krisen anrichten. Gerade im Osten der Republik, wo die Alternative dazu noch nicht in Vergessenheit geraten und die Lage der Menschen aber umso schlimmer ist, wird immer lauter die Frage gestellt, ob das etwas ist, was man weiter dulden kann. Die Regierenden rüsten sich schon lange für diesen Tag X, an dem die Antwort darauf „Nein!“ lautet. Und auch die Unternehmen, die zu Recht befürchten, dass sie am meisten unter dem „Nein!“ leiden werden, organisieren ihren Schutz. Das THW!

Sie waren es, die 1919 die Revolution im Blut der Arbeiter ertränkten, die streikende Arbeiter niedermetzelten, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erschlugen und die unter dem Oberbefehl der Reichswehr im Jahr 1920 über 1.000 Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Männer, Frauen und Kinder während des Putsches der republikfeindlichen Kapp-Monarchisten bestialisch ermordeten.



metall (Zeitung der Industriegewerkschaft Metall) 01.04.1953

Die weltweite Wirtschaftskrise befördert auch hier, schon jetzt zehntausende Menschen in die Arbeitslosigkeit. Die Menschen, die noch Arbeit haben, sehen sich mehr denn je dem Druck ausgesetzt, ihre Arbeitskraft zu Preisen zu verkaufen, die nicht mal mehr annähernd ausreichen, um die verbrauchte Kraft wieder herzustellen. Für einige hunderttausend Arbeiter ist bereits Kurzarbeit angemeldet. Nicht nur, dass die jetzt mit 60 – 67 % ihres normalen Gehalts auskommen müssen, sie bezahlen sich noch dazu selbst. Denn die 60 – 67 % werden ja nicht von dem jeweiligen Unternehmer gezahlt, sondern vom Arbeitsamt. Angesichts der Krise wurde der Zeitraum, für den ein Betrieb Kurzarbeit anmelden kann, von 6 Monaten auf 18

Das THW wurde 1950 gegründet. Es wurde vom gleichen Menschen aufgebaut, der bereits die Vorgängerorganisation gegründet und geleitet hat: General Otto Lummitzsch. Der Mann der Stunde. 1917 war die Revolution in Russland. General Lummitzsch, Arbeiterfeind der er war, sah dass die Situation in Deutschland ebenfalls so aussah, als würden die Arbeiter nicht noch einmal Krieg und Hungersnöte erfahren wollen, nur damit ihre Herren endlich ihren Platz an der Sonne bekommen. Im ganzen Reich hagelte es Aufstände und Streiks. Die Freikorps, militärische Banden, schlugen diese Aufstände nieder.

Am Wochenende 15. – 17. Mai 09 findet in Chemnitz der „Tag des THW“ statt. Dort wird die 20 jährige Tradition des THW in der DDR gefeiert. 20 Jahre deswegen, weil das THW, sobald die Mauer offen war, rüber gerannt ist, um mit der Auflösung des Landes, welches es nie als eigenständigen souveränen Staat anerkannt hat, zu beginnen.

Das hatte es schon lange vor. Daraus ergaben sich sogar besondere Gesetze. Das THW-Helferrechtsgesetz, welches „Hilfeleistungen“ im Ausland regelt, hat im Gesetzestext nicht Ausland stehen, sondern „außerhalb des Geltungsbereichs des THW“. Dazu auf der THW-Bund Seite (www.thw.bund.de): „Die außergewöhnliche Formulierung ist historisch dadurch zu erklären, dass das THW-Helferrechtsgesetz zu einem Zeitpunkt in Kraft trat, in welchem es noch die DDR gab. Das Gebiet der DDR war nach bundesdeutschem Rechtsverständnis jedoch kein Ausland. Auf diesem Gebiet galten jedoch die bundesdeutschen Gesetze nicht.“

Sobald dann die Grenze offen war, konnte das THW ganz problemlos in die noch souveräne DDR einmarschieren: Am 9. November 1989 gab die DDR-Führung die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland bekannt. Nur einen Tag später, am 10.11.1989, errichtete das THW Northeim auf dem Gebiet der DDR bereits Notunterkünfte für ausreisende DDR-Bürger. Der Einsatzbefehl dazu ging bereits am 09.11. raus. Am Wochenende danach baute der gleiche Ortsverband eine Behelfsbrücke an der Grenze für PKW's. Liegengebliebene Fahrzeuge von DDR Bürgern wurden vom THW eingesammelt und in einer Berufsschule in Duderstadt wieder instand gesetzt. Auch da also besetzte das THW bereits Schulen. Und schon am Wochenende 18. - 20.11.1989 fing das THW an bei Ecklingerrode die Mauer einzureißen.

Das war sein Beitrag zur Einverleibung der DDR. Dieser Einverleibung, die danach auch den grundlegenden Abbau und die Zerstörung der Betriebe zur Folge hatte.

20 Jahre THW in der DDR sind mehr als genug!

Aber sie konnten die Arbeiter nur niederschlagen, sie konnten sie nicht dazu bringen wieder zu arbeiten. Sie waren nicht dazu in der Lage, die von den Arbeitern abgeschalteten Anlagen wieder in Gang zu bringen. Also gründete Lummitzsch eine Technische Abteilung innerhalb der Freikorps, die genau das machen sollte. Die Maschinen und Anlagen wieder zum Laufen bringen, zur Not selber anfangen zu arbeiten. Er gründete eine Streikbrecher-Organisation.



Novemberrevolution: Berliner Arbeiter am 09.11.1918

Nur kurze Zeit später wurde daraus eine Freiwilligen-Organisation, die nach kurzer Debatte, ob sie Technisches Hilfswerk oder Technische Nothilfe heißen soll, als Technische Nothilfe ihre Arbeit aufnahm. All diejenigen, die freudestrahlend in den ersten Weltkrieg gezogen waren, um ihre eigene Arbeiterklasse zu verraten und die anderer Länder niederzumetzeln und die daraus nichts gelernt hatten, wurden nun wieder zum Verrat gebraucht. Sie fanden in der Technischen Nothilfe Unterschlupf. Bis zur Machtübergabe an die Faschisten ging die Technische Nothilfe gegen streikende Arbeiter vor und trug damit zum Erfolg der Faschisten bei. Nach 1933 fand sie bei den Faschisten ihr neues Zuhause.



Plakat der Technischen Nothilfe von 1933

Im Krieg folgte die Technische Nothilfe der Wehrmacht in die besetzten Gebiete als Teil der Besatzungstruppen und bildete Filialorganisationen unter deutscher Führung. Im Inland ging sie gegen den antifaschistischen Widerstand vor. 1945 wurde die Technische Nothilfe von den Alliierten als eine von 62 faschistischen Organisationen aufgelöst.

Nur 5 Jahre später wurde die Technische Nothilfe von dem gleichen General Lummitzsch unter dem neuen Namen Technisches Hilfswerk (THW) wieder aufgebaut. Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, wussten sehr wohl, was es mit diesem THW auf sich hatte und warnten die Arbeiter vor dieser Organisation, legten sogar fest, dass Mitglieder des THW in der Gewerkschaft nichts zu suchen haben (Metall Zeitung 1953).



Plakat des Technischen Hilfswerks von 1950

Und heute ...

Heute weiß das die Arbeiterklasse nicht mehr, aber das Kapital weiß noch, wofür es sich das THW geschaffen hat. Seit 2008 gibt es ein Kooperationsprotokoll zwischen dem THW und der Bundeswehr.



THW-Präsident Broemme und Generalinspekteur General Schneiderhan bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags

Das an sich ist schon ein Verbrechen, denn das THW ist eine nichtmilitärische Organisation und hat somit nichts mit der Bundeswehr zu tun zu haben. Durch diese Kooperationsverträge passiert jedoch genau das Gegenteil: THW und Bundeswehr werden miteinander verzahnt. Und dies ganz praktisch: In gemeinsamen Seminaren wird theoretisch geklärt, wie man mit Streikenden und Aufständischen umzugehen hat. Und wie man das am besten macht, wird gleich hinterher miteinander geübt. Das gilt übrigens nicht nur fürs Inland, sondern auch für die immer häufigeren Auslandseinsätze des THW.

Die Verzahnung einer nach gültigem Recht zivilen Organisation THW, die den Schutz der Genfer Konvention als nichtmilitärische Organisation genießt, mit der Bundeswehr und unter deren Fittichen, ist weder nach dem Recht der BRD möglich, noch nach geltendem Völkerrecht! Aber sie ist nötig, wenn 1,7 Mio. Arbeiter nicht weiter diejenigen sein wollen, die erst arbeiten bis zum Umfallen, Überstunden schieben und ihre Samstage opfern, um dann in der nächsten Krise entlassen zu werden. Und so erklären sich auch die anderen Kooperationsvereinbarungen des THW. Denn es hat im Laufe des letzten Jahres ein halbes Dutzend Kooperationen mit der Chemieindustrie geschlossen. Dort geht es darum, dass das THW, das ja im öffentlichen Verständnis dazu da ist brüchige Deiche zu stopfen, Zutritt zu den Chemiekonzernen bekommt bei Großschadensereignissen wie z.B. Streiks. BASF hat angesichts der Krise im letzten Jahr über 80 Werke geschlossen und zigtausend Arbeiter entlassen. BASF holt sich jetzt das THW aus Angst vor „Störungen des Betriebsfriedens“ (Wirtschaftswoche 8/2009). So versichern sich die Kapitalisten gegen ihre Arbeiter. Und die Versicherung ist nötiger denn je.

Die neue Generation

Alles was bereits dafür rekrutiert werden konnte, reicht nicht, es muss für Nachwuchs gesorgt werden. Deswegen hat das THW eine weitere Kooperation geschlossen. Nicht mit einem Betrieb, sondern mit einer Schule, der G10 in Hamburg, der staatlichen Gewerbeschule für Elektroniker. Dort werden jetzt mit den Schülern und dem THW gemeinsame Übungen durchgeführt. Inhalt des praktischen Teils: Aufbau einer externen Notstromversorgung. Das ist sicherlich hilfreich bei einem von Hamburgs zahllosen Stromausfällen durch Schneestürme, wurde aber entwickelt von der technischen Nothilfe um bestreikte Betriebe wieder in Gang zu kriegen. Ziel der ganzen Angelegenheit ist, die technikbegeisterten Jugendlichen für die Arbeit beim THW, das ihnen nur bekannt ist als Lebensretterorganisation, zu begeistern. Ziel ist natürlich auch, ihnen schon mal die Grundlagen des Streikbruchs beizubringen. Niemand erzählt den Jugendlichen in den Be-

rufschulen woher das THW kommt, wofür es gegründet wurde und was das THW heute im In- und Ausland treibt. Das muss aber gemacht werden, sonst rennen sie tatsächlich gegen Ihresgleichen und denken, das sei eine Schneekatastrophe. Allerdings kann den Jugendlichen auch ein Licht aufgehen und sie drehen das Gelernte um, wenn es gilt, die Fabriken samt Stromversorgung lahm zu legen.



Im Kampf gegen den Notstand der Republik

Wir, Jugendliche aus verschiedenen Organisationen und Gewerkschaften vereint im Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik, sehen im Umbau des THW einen Teil eines gewaltigen Staatsumbaus, mit dem die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden. Deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

- Stellt euch nicht in den Dienst der Streikbrecherorganisation THW!
- Für einen zivilen Katastrophenschutz!
- Das THW ist keine Alternative zur Bundeswehr! Leistet keine Zuarbeit für das Militär im In- und Ausland!
- Kollegen, nehmt den Kampf gegen die Streikbrecher wieder auf!
- Kämpft gegen den Notstand der Republik!

Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik lädt ein zur
Veranstaltung

Gegen wen wird das THW gerüstet?

Über die Geschichte des Technischen Hilfswerks und seine neuen Aufgaben in Zeiten der Weltwirtschaftskrise

Freitag, 15. Mai 2009
um 19:00 Uhr
im Rothaus Chemnitz

Unterstützt von: **DIE LINKE**, Stadtverband Chemnitz